LZ-Rheinland

Artikel vom 05.08.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 15:33 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/landwirtschaft-ist-bunt

Landwirtschaft ist bunt



Katrin Bremer-John

Die Bauernproteste 2024 haben gezeigt, wie groß die politische Schlagkraft der Landwirtschaft ist. Gerade deshalb braucht es eine klare Abgrenzung zu Kräften, die den Unmut auf den Höfen für undemokratische Zwecke nutzen wollen.

Die Welt ist nicht schwarz-weiß und die deutsche Landwirtschaft erst recht nicht. Zu ihr gehören konventionelle und biologische Betriebe, Ackerbauern und Tierhalter, Familienbetriebe und Agrargenossenschaften, Direktvermarkter und Weltmarktproduzenten. Die Gründe für diese unterschiedlichen Wirtschaftsweisen sind so vielfältig wie die Betriebe selbst. So sehr sie sich in ihrer Ausrichtung unterscheiden, haben Landwirtinnen und Landwirte hierzulande doch auch gemeinsame Sorgen: den ständigen Blick auf den Wetterbericht, steigende Betriebsmittelkosten und den Ärger über Bürokratie. Diese Sorgen tragen sie unter anderem über die Bauernverbände an die zuständige Politik heran. Falls nötig auch in Form von Protesten, wie 2024, als nach der angekündigten Streichung der Agrardieselrückvergütung in ganz Deutschland über Wochen Traktoren durch die Straßen rollten oder diese blockierten. Die Abschaffung des Agrardiesels war am Ende nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Gerade weil alle betroffen waren, hat dieses Thema die Branche vereint – und gezeigt, wie groß ihre politische Schlagkraft sein kann.

Landwirtschaft ist mehr denn je ein sehr politisches Thema. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sie sich nicht politisch vereinnahmen und instrumentalisieren lässt. Auch dass diese Gefahr nicht abstrakt ist, haben die Bauernproteste 2024 gezeigt. Verschiedene rechtsextreme Initiativen versuchten damals, an den Protest der Landwirtinnen und Landwirte anzudocken. Unter anderem darüber haben wir mit Florian Teller von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) im Interview gesprochen (ab S. 13). Laut Teller hätten die Unterwanderungsversuche mal besser und mal schlechter funktioniert. Zum Teil seien bei den Bauernprotesten Symbole wie die Landvolkfahne verwendet worden, die der FARN-Referent als Symbol einer antisemitischen, demokratiefeindlichen und völkischen Bewegung einordnet. Er empfiehlt, sich von dieser Fahne und den Menschen, die sich dahinter versammeln, klar abzugrenzen. Denn rechte Akteure sind nicht die Heilsbringer, für die sie sich ausgeben.

Die Lage der Landwirtschaft ist komplex. Die Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter müssen mit Kostendruck, Bürokratie, Klimaanpassung, gesellschaftlichen Erwartungen, EU-Vorgaben und Marktzwängen umgehen. Auf diese komplexen Sachverhalte gibt es keine einfachen Antworten, auch wenn Populisten gern so tun, als hätten sie welche.

Das betonte kürzlich auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze. Er äußerte Zweifel an der agrarpolitischen Kompetenz der AfD. Im dortigen Landtag sei in den vergangenen Jahren kein Vorschlag der AfD dabei gewesen, „der die Betriebe nach vorne gebracht hätte, umsetzbar gewesen wäre oder nicht schon längst von uns angepackt worden wäre, bevor ihn die AfD für sich entdeckt hat“, sagte der CDU-Politiker.

Vergleichbar hatte sich die AfD auch während der Bauernproteste 2024 gezeigt. Sie inszenierte sich als Verteidigerin des Agrardiesels – obwohl sie sich grundsätzlich gegen Subventionen ausspricht. Das macht sie wohl kaum zu einem verlässlichen politischen Partner, sondern wirkt wie ein Fähnchen im Wind. Daher müssen sich die Landwirtinnen und Landwirte fragen, ob es der AfD wirklich um die Zukunft der Betriebe geht oder vielmehr um sich selbst. Denn überall, wo Empörung möglich ist, ist die AfD nicht weit.

Landwirtschaft – zum Teil gerade die ökologische Wirtschaftsweise – ist eine attraktive

Projektionsfläche für rechte Akteure, weil sie für viele Menschen mehr ist als ein Wirtschaftszweig. Sie steht für regionale Verwurzelung, Heimat, Tradition, Familie und Versorgungssicherheit. Genau diese Begriffe lassen sich politisch aufladen. Wer aus Heimat Ausgrenzung macht, aus Tradition Rückwärtsgewandtheit und aus berechtigter Kritik an Bürokratie eine pauschale Ablehnung demokratischer Institutionen, missbraucht allerdings die Landwirtschaft für ein Weltbild, das ihr nicht gerecht wird.

Während der Bauernproteste 2024 haben sich Landwirtinnen und Landwirte auch deutlich von rechtem Gedankengut abgegrenzt, zum Beispiel mit dem Slogan „Landwirtschaft ist bunt, nicht braun“. Das war mehr als ein Spruch auf einem Schild. Landwirtschaft braucht politische Offenheit: Saisonarbeitskräfte, internationale Märkte, europäische Regeln, Entwicklungen durch Forschung und gesellschaftlicher Austausch gehören untrennbar zum Alltag vieler Höfe. Abschottung und Feindbilder helfen keinem Betrieb weiter. Genau deshalb passt der Satz „Landwirtschaft ist bunt, nicht braun“ so gut zu diesem Berufsstand. Denn Landwirtschaft ist nicht schwarz-weiß. Sie ist vielfältig und stark genug, laut zu sein – ohne sich vereinnahmen zu lassen.